

sie, ähnlich wie die Hitlerpartei nach dem ersten Weltkrieg, die Folgen der Kriegsaggression des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg (Umsiedlung, Oder-Neiße-Grenze, Reparationszahlungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten) zur Entfaltung einer nationalistischen und revanchistischen Hetze ausnutzen. Indem die sozialdemokratische Führung mit Schumacher und später Ollenhauer an der Spitze die Marshallplan„hilfe“ des amerikanischen Monopolkapitals unterstützte und die westdeutschen Militaristen in der Revanchehetze zu übertreffen versuchte, trug sie entscheidend dazu bei, breite Kreise der Werktätigen ideologisch zu vergiften und damit der Bonner Regierung zuzutreiben, was die Wahlen zum Bundestag vom 6. September vorigen Jahres eindeutig bewiesen haben.

Es besteht kein Zweifel, daß es der herrschenden Klasse in Westdeutschland gelungen ist, mit bürgerlich-parlamentarischem Zauber, durch vorübergehende Vergünstigungen für bestimmte Gruppen von Werktätigen, die wichtige Positionen in der Produktion innehaben, und durch die Zulassung einer scheinbaren Mitarbeit von Gewerkschaftsfunktionären (Vertretung in Aufsichtsräten, das heißt auf deutsch: Kauf von Gewerkschaftsfunktionären durch die Großaktionäre) die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen und die führenden Kräfte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften weitgehend an die amerikanische Politik der westdeutschen Machthaber zu binden.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und auch ein Teil der christlichen Arbeiter sind durch die Entwicklung seit dem 6. September 1953 von einer tiefen Unzufriedenheit erfaßt. Sie sehen, daß die Sozialdemokratie den Werktätigen keinerlei Erfolge vorweisen kann. Durch das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland und den Druck der Bonner Regierung auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften beginnen die sozialdemokratischen Arbeiter zu erkennen, von welcher großen Gefahren die Werktätigen Westdeutschlands bedroht sind. Von den sozialdemokratischen Arbeitern, die einen entschiedenen Kampf gegen die EVG und das Wiedererstehen des deutschen Militarismus wollen, wird die Frage der Neuorientierung der SPD gestellt. Dagegen fordert die amerikanische Fraktion in der Führung der SPD, daß sich die SPD offen für den EVG-Vertrag und den Atlantikkriegspakt erklärt. Damit ist die Krise in der SPD offenkundig.